**Vorlage
für die Sitzung
der städtischen Deputation
für Soziales, Jugend und Integration
am 08.12.2016**

Flüchtlingsunterbringung auf dem Vulkangelände

A. Problem

Frau Grönert von der Fraktion der CDU hat folgende Berichtsbitte an die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration gerichtet:

1. Welche Institutionen sind auf dem ehemaligen Vulkan Gelände im Bereich Flüchtlinge angesiedelt?
2. Welche Arbeitsfelder decken diese Institutionen konkret mit jeweils wie vielen Mitarbeitern (VK) ab?
3. Welche Angebote in den Bereichen Sprachkurse und frühkindliche Bildung stehen in der Einrichtung zur Verfügung?
4. Warum ist es nicht gelungen, die Bundesagentur für Arbeit bzw. das Jobcenter zu integrieren?
5. Über welche Qualifikationen im Bereich Vermittlung in Beschäftigung, Ausbildung und bremisches Bildungssystem verfügen die Mitarbeiter des Gesundheitsamtes, die laut Pressemitteilung des Senats vom 4.11.2016 die Berufsqualifikationen und Bildungsabschlüsse der Geflüchteten feststellen sollen?
6. Wie und durch wen erfolgt auf Grundlage welcher datenschutzrechtlichen Bestimmungen die Weitergabe dieser Sozialdaten an das Jobcenter bzw. die BA?
7. Welche personellen Kapazitäten (VK) stehen für die Begleitung von Flüchtlingen z.B. zur BA oder zum Jobcenter zur Verfügung?
8. Welche Dolmetscherkapazitäten stehen auf dem neuen Vulkan-Gelände zur Verfügung?
9. Gibt es regelmäßige Gruppen- oder Einzelangebote in denen Flüchtlinge über Abläufe, Rechte und Pflichten in Deutschland aufgeklärt werden? Wenn ja, wie oft finden Sie statt?
10. Wie bewertet die Senatorin ein solches Angebot in der Erstaufnahmeeinrichtung?

B. Lösung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu 1 und 2

Auf dem ehemaligen Vulkangelände sind derzeit die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) des Landes in Trägerschaft der AWO, die zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und ausländische

Flüchtlinge (ZASt), das Gesundheitsamt Bremen sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angesiedelt.

In der Erstaufnahmeeinrichtung erfolgt die Unterbringung und Versorgung der dem Land Bremen zugewiesenen Asylsuchenden entsprechend der gesetzlichen vorgeschriebenen Dauer. In der EAE werden 37,5 VK zur Verfügung stehen. Davon sind derzeit 36,31 Stellen besetzt (dies verteilt sich derzeit auf 34 Vollzeit- und 3 Teilzeitstellen). Aufgrund des Schichtbetriebes (Montag – Sonntag, 7.00 bis 22.00 Uhr) sind nicht immer alle MitarbeiterInnen vor Ort. Vakante Stellen werden mittelfristig besetzt.

Die ZASt ist als Landesbehörde mit der Aufnahme und Verteilung Asylsuchender befasst. Mit der Entgegennahme eines Asylgesuchs erfolgen dort die erkennungsdienstliche Behandlung sowie die Verteilungsentscheidung nach dem Asylgesetz (AsylG). Die ZASt ist zudem zuständig für die Entscheidung über Anträge auf länderübergreifende Umverteilung nach § 51 AsylG. In Zusammenarbeit mit den Ausländerbehörden Bremen und Bremerhaven bearbeitet die ZASt Verfahren der Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer nach § 15 a Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Die ZASt ist zuständig für die landesinterne Verteilung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie für die Zuweisung von Asylsuchenden in stadtbremische Gemeinschaftsunterkünfte. Weiterhin besteht eine Zuständigkeit der ZASt für die Aufnahme und landesinterne Verteilung von Flüchtlingen, die Bremen im Rahmen humanitärer Aufnahmeprogramme sowie der EU-Resettlement- bzw. Relocation-Programme zugewiesen werden. Derzeit sind in der ZASt 12 Stellen (11,75 BV) besetzt.

Im Gesundheitsamt werden die Erstuntersuchung und eine medizinische Basisversorgung durchgeführt. Außerdem wird eine tägliche medizinische Sprechstunde für die BewohnerInnen der EAE angeboten. Üblicherweise sind zwei Ärzte und zwei medizinische Fachangestellte vor Ort. Nach Bedarf bieten Hebammen Sprechstunden an.

Das BAMF ist für die Bearbeitung der Asylverfahren zuständig. Das Ankunftszentrum (AKZ) des BAMF ist mit 61 MitarbeiterInnen in das ehemalige Vulkangebäude gezogen.

Zu 3

Schulpflichtige Kinder werden in Vorklassen durch die Bildungsbehörde viermal wöchentlich in insgesamt 23 Stunden durch eine Lehrkraft beschult. Eine Kinderbetreuung ab 3 Jahren ist durch eine Teilzeitstelle, viermal wöchentlich von 09:00 bis 17:00 Uhr, sichergestellt. Hausaufgabenhilfe wird durch Ehrenamtliche dreimal die Woche für je eine Stunde angeboten. Sprachangebote für Erwachsene finden derzeit einmal die Woche für je eine Stunde durch Ehrenamtliche statt. Unterricht zur Leseförderung findet durch Ehrenamtliche zweimal die Woche für je eine Stunde statt.

Zu 4

Sowohl mit der Bundesagentur für Arbeit als auch mit dem Jobcenter laufen derzeit Gespräche über einen möglichen Dienstsitz im ehemaligen Vulkangebäude. Eine Entscheidung ist noch nicht abschließend gefallen. Zwischenzeitlich war seitens der Bundesagentur für Arbeit, des Jobcenter sowie des BAMF -Bereich Integration- die Entscheidung gefallen, nicht mit in das ehemalige Vulkangebäude einzuziehen.

Zu 5 und 6

Im Gesundheitsamt wird eine Sozialanamnese erhoben, um sich ein möglichst umfassendes Bild hinsichtlich der Gesundheitssituation der Geflüchteten machen zu können. Dazu gehört, dass bei der Erstuntersuchung neben der medizinischen und psychologischen Anamnese auch die soziale Situation der Geflüchteten erhoben wird. Das bezieht sich auf Familiensituation, Ausbildung, Beruf und Sprachkenntnisse sowie den Verlauf der Flucht und die Frage nach Angehörigen oder Bezugspersonen in Deutschland.

Das Gesundheitsamt ist nicht zuständig für die Vermittlung in Beschäftigung oder Ausbildung und verfügt daher auch weder über Personal für diesen Bereich noch über Qualifikation. Es werden keine Sozialdaten weitergegeben.

Zu 7 und 8

In der Erstaufnahmeeinrichtung werden durch die in Pkt. 1 genannten Stellen (Pädagogisches Team, Hausmeister, Sozialassistenten, Betreuer, Projektmitarbeiter, Erzieher) folgende Sprachen abgedeckt: Englisch, Französisch, Russisch, Arabisch, Kurdisch, Türkisch, Farsi, Serbisch, Polnisch, Mandinka und Wolof. Hierunter befinden sich zwei Sprachmittler für die Sprachen Arabisch, Farsi und Kurdisch, welche nur für die Erstaufnahme im ehemaligen Vulkangebäude zuständig sind. Zusätzlich sind in allen AWO Einrichtungen einrichtungsübergreifende Sprachmittler (derzeit 10 VK) verfügbar, die nach Bedarf eingesetzt werden.

In der ZASt werden durch die in Pkt. 1 genannten Stellen folgende Sprachen abgedeckt: Englisch, Polnisch (Verständigung auch möglich mit Menschen aus Serbien und Russland), Farsi/Dari, Türkisch, Französisch, Kurdisch, Arabisch. Zusätzlich sind zwei weitere Sprachmittler für den Concierge-Dienst eingesetzt (Schnittstelle ZASt- Eingangsmanagement-AWO).

Im Gesundheitsamt wird im Rahmen der medizinischen Sprechstunde mit Dolmetschern (2 x 0,5 VK) gearbeitet. Für Russisch gibt es Einzelstunden.

Im BAMF werden Dolmetscher tages- und bedarfsgenau geladen. Die Stärke schwankt daher täglich ganz erheblich. Es gibt von Seiten des BAMF vor Ort keinen Dolmetscherpool. In der Regel wird eine Begleitung zur BA oder zum Jobcenter durch Verwandte realisiert. Im Einzelfall werden auch Sprachmittler eingesetzt.

Zu 9 und 10

Bisher gibt es keine regelmäßigen Gruppen- oder Einzelangebote, in denen Flüchtlinge über Abläufe, Rechte und Pflichten in Deutschland aufgeklärt werden. Es wurde allerdings bereits Kontakt mit der Präventionsstelle der Polizei aufgenommen, um ein solches Angebot zu etablieren. Ein solches Angebot wird als sehr positiv bewertet.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Keine.

Von den 12 (11,75 BV) Stellen in der ZASt sind 8 Stellen (7,75 BV) mit Frauen besetzt.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Beschlussvorschlag

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 22.11.2016 zur Kenntnis.